

Anrede

Es gibt in Deutschland vorzügliche Reporter, es gibt gute Redakteure. Wer den Leitartikel schreiben darf, im Presseclub sitzt, hat den Ausweis höchster Professionalität erreicht. Geehrt werden die Dichter und Denker. Aber die Zeitungen und die Sender beschäftigen nur wenige Rechercheure.

Die Schwierigkeiten mit diesem Genre fangen hierzulande schon bei dem Begriff an. Recherche meint nachforschen, ermitteln und da das Erkunden von Sachverhalten wichtiger Bestandteil jeder journalistischen Arbeit sein sollte, versteht mancher Publizist die Bezeichnung als einen Pleonasmus. Es ist ja auch eine Selbstverständlichkeit, dass der Maurer mauert und der Fliesenleger Fliesen legt.

„Wir recherchieren doch alle“, rief ein Chefredakteur bei einer Podiumsdiskussion empört, als die Rede auf Recherchejournalismus kam. Er verstand darunter, dass er ohne Hilfe seiner Sekretärin fehlerfrei eine Telefonnummer finden konnte. „Wie haben Sie eigentlich früher

recherchiert, als es Google noch nicht gab?“ hat mich neulich eine reizende, sehr junge Redakteurin gefragt.

Sie haben mich freundlicherweise gebeten, über „Stellenwert, Zustand und Zukunft der Recherche“ zu sprechen und „unter besonderer Berücksichtigung des Pflichtenheftes“ eine kritische Bilanz zu ziehen. Ein Pflichtenheft ist nach einer gängigen Definition „die Gesamtheit der für eine bestimmte Problemlösung maßgebenden Zielvorstellungen, Randbedingungen und Bewertungskriterien“. Was aber sind Zielvorstellungen, Randbedingungen und Bewertungskriterien der Recherche?

In der Theorie ist alles klar und einfach: Recherche ist die Basis für Berichterstattung jeglicher Art und setzt umfassende Informationen voraus. Eine Recherche hat unvoreingenommen zu sein und darf sich nicht mit einer einzigen Quelle zufrieden geben. Idealerweise wird die eigene Beobachtung ergänzt sowohl durch die Suche im Archiv als auch durch Interviews. Presse-Mitteilungen müssen überprüft, ergänzt und im Zwei-

*felsfall verworfen werden, sonst ver-
kommt der Journalismus zu einem Verlaut-
barungs- und PR-Instrument. Das Ziel der
Recherche ist objektive Genauigkeit der
Darstellung. Dazu sind die kompetentes-
ten Quellen auszuschöpfen, auch wenn sie
nicht in das ursprüngliche Konzept einer
Geschichte passen - so steht es in einem
Lehrbuch.*

Leitmotiv bei der Recherche sind Zwei-
fel, Skepsis und Distanz.

Der recherchierende Journalist sammelt
Informationen, prüft die Glaubwürdigkeit
der Quellen und ermittelt ihre Motive,
um zu einem eigenen Urteil zu gelangen.

Aller Anfang ist schwer, sagt ein
Sprichwort aus Ostfriesland. Nur nicht
beim Steine sammeln. Was zunächst leicht
erscheint, wird nach und nach immer
schwerer. Mit der Recherche ist es ähn-
lich. Das Sammeln von Hinweisen, Infor-
mationen mit all ihren Widersprüchlich-
keiten, kann nach einer Weile ganz schön

anstrengend sein. Am Ende erweist sich manchmal der erste Verdacht als falsch und es kann passieren, dass keine Geschichte herausgekommen ist. Viel Aufwand, kein Ertrag - das ist für viele Journalisten ein Schreckensszenario.

„Journalisten sagen lieber gleich ihre Meinung, statt zu recherchieren, Kommentatoren argumentieren über die Köpfe des Publikums hinweg“, schrieb der damalige *ZDF*-Redakteur und heutige Intendant des *Deutschlandradios*, Ernst Elitz, bereits in den achtziger Jahren.

Damals erschien auch eine Studie der Kommunikationswissenschaftlerin Barbara Baerns, die Beiträge aus Zeitungen, Hörfunk und von Nachrichtenagenturen nach der Quellenlage geprüft hatte: 85 Prozent aller Fälle hatten als Basis nur eine Quelle: Informationen aus einer Pressekonferenz oder PR-Mitteilungen, die ungeprüft verarbeitet worden waren.

Nach einer Untersuchung des Kommunikationswissenschaftlers Siegfried Weischenberg recherchierte ein Viertel der deutschen Journalisten am Tag nicht mehr als eine Stunde; ein knappes Drittel nahm sich ein bis zwei Stunden Zeit.

Die ökonomische Krise der Verlage hat die Lage in Redaktionen und Archiven nicht verbessert. „Wer Journalisten durch qualitativ hochwertige Zulieferungen Arbeit abnimmt und damit den Verlagen Kosten erspart, dringt mit seinem Anliegen wesentlich leichter durch als derjenige, der nicht in die Aufbereitung von Informationen investiert“, schrieb die Düsseldorfer DIKOM-Agentur im Jahr 2002 in einer Untersuchung.

In Sendern und Zeitungen verwalten immer wenige festangestellte Redakteure Themen, Seiten und Sendungen und sie haben kaum Möglichkeit, sich ein paar Wochen aus dem Innendienst zurückzuziehen, um eine Geschichte gründlich zu recherchieren. Ein freier Autor, der einer Zeitung oder einem Sender eine rechercheintensive, ernsthafte Geschichte anbieten will, wird sich die Sache dreimal überlegen müssen, ob er die Geschichte wirklich durchzieht. Am Ende kommt vielleicht dabei nichts raus und was ist dann?

Freie Journalisten bekommen ein festes Honorar. Steigt der Aufwand, sinkt der Stundenlohn. Kein Ergebnis, kein Geld.

Recherche, die mehr als ein Wort sein soll, ist das Stiefkind des deutschen Journalismus. Investigativer Journalismus gar, der gegen Widerstand und Barrieren öffentlich nicht zugängliche Vorgänge öffentlich macht, ist ein Bastard.

Auch stimmen oft die Begriffe nicht. Exklusiv wird ein Bericht genannt, der einen Moment lang als exklusiv gilt. Jedes Jahr gibt es eine Top-Liste der Blätter, die mit angeblichen Exklusivgeschichten aufgefallen sind. Wer die meisten Nominierungen erzielt, hat folglich am besten und am meisten recherchiert. Niemand prüft, ob diese prämierten Meldungen überhaupt stimmen, ob sie recycelt werden oder von Bedeutung sind. Unter „Fakten-Exklusiv“ preist das so genannte Faktenblatt „Focus“ in dieser Woche 27 Vorabmeldungen an. Alles dicke Hunde. Ich lese Ihnen mal, ganz exklusiv für Sie, die wichtigsten vor:

Je älter ich werde, desto mehr misstraue ich dem Beifall des Publikums für das Geschriebene. Allzuoft schreibt man für die Gemeinde und das von allen erwartete Ereignis gilt als Recherche, was die oh-

nehin überzeugten Anhänger nicht selten als Enthüllung feiern.

Beispiel Leuna.

Wer ist der typische deutsche Journalist? Immerhin arbeiten 48 381 Personen in Deutschland hauptberuflich in den oder für die Medien. In diesen Tagen wurden in Deutschland die Ergebnisse einer Repräsentativbefragung über die deutschen Journalisten veröffentlicht und seitdem kennen wir den typischen deutschen Journalisten. Er ist männlich, 41 Jahre alt, hat einen Hochschulabschluss, es reicht im Schnitt nicht zu einem Kind, 57 Prozent haben keins, er lebt in einer festen Beziehung, wählt vorzugsweise die Grünen und seine besten Freunde sind Journalisten. Er nimmt also die Wirklichkeit vor allem über Gespräche mit Vertretern desselben Berufsstandes wahr, die ihrerseits wieder Wirklichkeit durch Journalisten erfahren. Die Fachwelt nennt solches erhalten selbstreferenziell. Aus all dem wird dann der berüchtigte Mainstream.

Ich bin 56 Jahre alt, habe 5 Kinder, sechs Enkelkinder, wähle nie Grün und habe wenig Freunde unter Journalisten. Ich bin also nicht der Prototyp, den Weischenberg beschrieben hat, ein Oldie mit Zipperlein, die das Alter so mit sich bringt.

Deshalb darf ich sagen, was mich an all dem Geseumse so besonders stört: Mich stört immer mehr, dass die Selbstbeschreibungen einiger Journalistinnen und Journalisten in auffälligem Widerspruch zur Wirklichkeit stehen. Da ist von Sachwaltern der Gesellschaft die Rede und von unabhängigen Chronisten. Mich stört, dass immer mehr der Bote und nicht die Botschaft im Mittelpunkt steht. Mich stört, dass Journalisten ihre eigene Stimmung mit der Stimmung der Bevölkerung verwechseln. Mich stört, dass Journalisten nach Wahlen schreiben, die Wähler bekämen jetzt noch eine Chance, ihren Fehler, also, dass sie nicht so gewählt hatten, wie es Journalisten erwarteten, wieder gutzumachen. Das stört mich.

Talk- Show - Hopper erleben sich im Promi-Wettbewerb mit den Showstars der Politik. Ungeniert erheben sie den An-

spruch, im politischen Geschäft gleichberechtigt zu sein, doch bei aller eitlen Selbstverliebtheit müsste ihnen klar sein, dass sie von niemandem gewählt und legitimiert sind. Oder kennen Sie eine Talk-Journalistenpartei?

Den eigenen Ergebnissen misstrauen, Fakten bewerten, jede Quelle mehrmals auf ihre Glaubwürdigkeit überprüfen – das gehört zum Recherchejournalismus. „If your mother says she loves you – check it out“ verlangte der Lokalchef einer Tageszeitung in Chicago von seinen Mitarbeitern. Er hatte den Spruch auf seinem Schreibtisch.

Für die Informationsüberprüfung hat die amerikanische „Society of Professional Journalists“ eine Checkliste zusammengestellt. Die wichtigsten Punkte:

Können Sie alle Tatsachen belegen, sind alle dokumentiert?

Haben Sie für alle Schlüsselinhalte die Gegenprobe gemacht?

Sind Sie sich ganz sicher, dass alle in ihrem Artikel enthaltenen Tatsachen der Wahrheit entsprechen?

Sind Sie darauf vorbereitet, Ihre Inhaltskontrolle öffentlich zu verteidigen oder auf sonstige Maßnahmen zur Überprüfung Ihres Textes zu antworten?

Sind die Zitate in Ihrem Text korrekt, in ihrem richtigen Zusammenhang präsentiert?

Zitieren Sie anonyme Quellen? Wenn ja, warum? Sind Sie darauf vorbereitet, sich öffentlich für die Verwendung solcher Quellen zu rechtfertigen?

Verwenden Sie Material, Dokumente oder Bilder von anonymen Quellen? Warum? Wie groß ist Ihr Vertrauen in die Gültigkeit dieses Materials? Sind Sie darauf vorbereitet, die Verwendung dieses Materials öffentlich zu rechtfertigen?

Wer von uns arbeitet mit einer solchen Checkliste? In Deutschland wird Underco-

ver-Journalismus gelegentlich als Krönung des recherchierenden Journalismus verstanden. Das ist Unsinn.

Gewöhnlicher Recherchejournalismus wird oft mit investigativem Journalismus gleichgesetzt. Das ist ein weiteres Missverständnis.

Ziel von beidem kann es sein, Missstände aus Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft aufzudecken. Beim investigativen Journalismus müssen allerdings durch Recherche bisher unbekannte Sachverhalte von politischer oder wirtschaftlicher Bedeutung öffentlich gemacht werden, die Einzelne, Organisationen oder staatliche Institutionen verbergen möchten.

Diese von dem 1975 gegründeten amerikanischen Berufsverband Investigative Reporters & Editors (IRE) grenzt sich von Enthüllungen ab, wie sie in Deutschland üblich sind:

In vielen Ländern beschaffen sich Journalisten Akten staatlicher Stellen oder Unterlagen aus Rechtsverfahren und werten diese mit ein wenig zusätzlicher Recherche aus. Das wird dann investigativer Journalismus genannt.

Wenn durch solche Geschichten beispielsweise nur die Gerichtsverhandlung vor-

weggenommen wird, handelt es sich nicht um enthüllenden Journalismus. Es kann sich sogar um Vorverurteilungs-Journalismus handeln.

Im Jahr 2003 erschien an der Universität Eichstätt eine Diplomarbeit mit dem Titel „Schnüffler oder Wachhund?“ die investigativen Journalismus in Deutschland und den USA verglich. Fazit: Einige der Befragten erklärten, es gebe gar keinen investigativen Journalismus in Deutschland – jedenfalls keinen, der diesen Namen verdiene. Das „methodische Recherchieren“ sei unterentwickelt, es fehle am Willen der Verleger und Intendanten, aufwändige investigative Geschichten zu finanzieren.

In diesen Tagen wird viel über Pressefreiheit geredet. Früher meinte Pressefreiheit wirklich Pressefreiheit und die Medien versuchten wahrhaftig, ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen. Napoleon nannte den von Joseph Görres herausgegebenen *Rheinischen Merkur* die „fünfte feindliche Großmacht“. Das war übertrieben.

Im März 1933 versuchten Blätter wie das *Berliner Tageblatt*, die *Vossische Zeitung* und die *Frankfurter Zeitung* mutig den Rechtsstaat zu verteidigen, als Politiker und Gewerkschafter schon stumm waren. Das war mutig.

Vor gut 23 Jahren stürmten Polizeibeamte nächtens das Haus des Hamburger *Spiegel*-Verlages und durchsuchten die Räume nach geheimen Unterlagen, weil die Regierenden einen vermeintlichen „Landesverrat“ gewittert hatten. Vier Wochen lang blieb das Hamburger Pressehaus von der Obrigkeit besetzt. Auf der Straße demonstrierten die Massen: „*Spiegel* tot, die Freiheit tot.“ Rudolf Augstein wurde zur Symbolgestalt für journalistischen Widerstand gegen eine Staatsmacht, die das Grundrecht der Pressefreiheit in Frage stellte.

Aber für welches Blatt, welchen Sender würden heute noch Menschen auf die Strasse gehen?

Pressefreiheit war zu allen Zeiten in Gefahr und auch heute geraten Journalisten nicht selten ins Fadenkreuz der Ermittlungsbehörden. Mehr als 150 Durchsuchungen und Beschlagnahmen bei Journa-

listen und Redaktionen registrierte der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) zwischen 1987 und 2000. Die Heimsuchungen dienten häufig dem Ziel, Informanten ausfindig zu machen, die vertrauliches Material an Journalisten weitergereicht hatten. Die Begehrlichkeiten des Staates sind seitdem nicht geringer geworden. Weil seit einer Änderung der Strafprozessordnung im Jahre 2001 Journalisten - wenn es um Telefondaten geht - nicht mehr zur besonders geschützten Gruppe der „Berufsgeheimnisträger“ gehören, versuchen Strafverfolger immer wieder, mit Hilfe der Telekommunikationsüberwachung Informanten ausfindig zu machen. Dabei hatte das Bundesverfassungsgericht 2003 betont, dass „derartige Eingriffe nur gerechtfertigt sind, wenn sie zur Verfolgung einer Straftat von erheblicher Bedeutung erforderlich sind.“

Pressefreiheit wird aber auch von innen bedroht.

Oft diktieren Exklusivitis und Sensationshascherei das Tagesgeschäft und die Grenzen von Information, Kommentar, Unterhaltung und Werbung werden verwischt. Die Aufmachung entscheidet, nicht der

Inhalt. Die Reklame, nicht die Qualität, bestimmt den Absatz.

Wir leben heute in einer aufgeregten Zeit, in einer permanenten Gegenwart, ohne Vergangenheit, ohne Zukunft. Ständig wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben, es sind ganze Herden von Schweinen unterwegs. Immer häufiger geht es um Effekte und Schnelligkeit.

Der Satellit wartet, Ambivalenzen, Widersprüche werden in den Schlagzeilen und Sondersendungen weggeballert. Ob wahr oder unwahr, ob wesentlich oder unwesentlich, ob Meinung oder Wirklichkeit, ob behauptet oder tatsächlich- das alles spielt oft nur eine unwesentliche Rolle. Es stehen immer mehr Informationen zur Verfügung und es gibt gleichzeitig immerweniger Journalisten, die Zusammenhänge kennen und sich für Strukturen interessieren. Ja. Zusammenhänge, aus denen sie etwas reißen könnten, sind vielen Journalisten gar nicht mehr bekannt.

Nach der Bundestagswahl 2005 setzte eine Debatte über das Selbstverständnis der Medien ein. Medien hatten einen Vertrau-

ensverlust erlitten, weil angebliche Analytiker und Leitartikler Meinungsumfragen zur Grundlage von Kommentaren gemacht hatten und ihren Lesern Kabinettslisten einer neuen Regierung präsentiert hatten, die dann nicht gewählt wurden.

Ein Wettlauf um die Deutungshoheit, den neuesten Trend, die neuste Nachricht endete im Nichts. Pseudogewissheiten erwiesen sich als Stimmungsmache. Großpublizisten hatten versucht, Politik zu machen und sich allzu oft als gleichberechtigter Mitstreiter im politischen Geschäft geriert, obwohl sie von niemandem dazu legitimiert worden war.

Je schriller die Kritik, umso größer die Aufmerksamkeit. Marktschreier wollten den Markt erobern. Wenn alles Markt ist - ist nichts Journalismus.

Eine Phantomdebatte über Pressefreiheit war bereits im Jahr 2004 zu bestaunen. Eine Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg hatte in einem Urteil einer Beschwerde der Prinzessin Caroline von Monaco stattgegeben. Hoheit hatte gegen die Veröffentlichung heimlich aufgenommener Fotos Beschwerde eingelegt, und die Richter hat-

ten ihr Recht gegeben. Fotos sollen künftig nur dann veröffentlicht werden, wenn sie einen Prominenten bei öffentlichen Anlässen zeigen oder einen „Beitrag zur Debatte mit Allgemeininteresse“ leisten. Medien sollen, ähnlich wie in Frankreich, Fotos aus dem Privatleben von Prominenten nur dann zeigen dürfen, wenn diese vorher eingewilligt hätten.

Das Straßburger Urteil führte zu einer großen Koalition deutscher Medienkonzerne: von Holtzbrinck bis Springer, von Gruner + Jahr bis Burda – Deutschland einig Verlegerland. Die Pressefreiheit sei in Gefahr, teilte der Verband deutscher Zeitschriftenverleger dem Bundeskanzler mit. Mehr als 60 deutsche Chefredakteuren appellierten an Gerhard Schröder („Herr Bundeskanzler, stoppen Sie die Zensur“) und warnten, es sei künftig damit zu rechnen, dass investigative Geschichten unzulässig seien.

Vorsätzlich wurde mit dem Hinweis auf die angebliche Gefährdung der Pressefreiheit Politik gemacht. „Es besteht kein Anlass für die Schreckensszenarien, die Chefredakteure und Verleger jetzt zeichnen,“ erklärte der Bundesverfas-

sungsrichter Wolfgang Hoffmann - Riem, der dem mit Fragen des Medienrechts und des Persönlichkeitsschutzes befassten Ersten Senat des obersten deutschen Gerichts angehört. Seine Maxime sei immer gewesen: „Im Zweifel für die Pressefreiheit“, aber die Straßburger Entscheidung habe einen „engen Anwendungsbereich. Sie erlaubt weder Zensur, noch bedeutet sie einen Anschlag auf die Wächterrolle der Presse.“

„Da läuft eine verlogene Debatte“, stellte der Essener Anwalt Stephan Holthoff-Pförtner fest: „Es geht um Kohle für einige Verlage, und die machen eine Kampagne daraus. Bedroht ist nicht der investigative Journalismus, sondern der Kloakenjournalismus.“ Holthoff-Pförtner, der unter anderem auch Anwalt von Helmut Kohl ist, gehört zur Familie eines Mitgesellschafters des Verlages der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ). Die Bundesregierung legte keinen Einspruch gegen das Straßburger Urteil ein.

Das Urteil erwies sich für die bunten Blätter, die früher unter dem Namen „Sorama-Presse“ zusammengefasst wurden und *Frau im Spiegel* oder *Das neue Blatt* heißen oder für die Boulevardzeitungen wie

Bild in der Tat blitzgefährlich. Professor Udo Branahl, der am Institut für Journalistik der Universität Dortmund arbeitet, fasst die „Schlussfolgerungen“ des Urteils so zusammen: Es gewähre „prominenten Personen, die keine Amtsträger sind, Schutz gegen die Verbreitung von Aufnahmen, die heimlich oder gegen ihren Willen angefertigt worden waren und sie bei privaten Verrichtungen in der Öffentlichkeit zeigen, ohne einen Beitrag zu einer Debatte von allgemeinem gesellschaftlichen Interesse zu liefern.“

Übersetzt heißt das: Wenn der Fußballspieler Oliver Kahn mit dem Waschbeutel in der Hand vor dem Haus einer Bekannten fotografiert wird, darf das Foto nur gezeigt werden, wenn das angebliche Liebesverhältnis Auswirkungen auf die Torwartleistung hat. Oder wenn Außenminister Joschka Fischer mit seiner frisch Angetrauten samt Kind privat reist, darf das Foto nur mit Einwilligung der frisch Verliebten veröffentlicht werden.

Auch der Fall des Monatsblatts Cicero, über den in den vergangenen Wochen in

Deutschland so erbittert diskutiert wurde und in dem Noch-Innenminister Otto Schily die Rolle des altersstarren Rechthabers spielte, taugt nicht für eine generelle Debatte über Pressefreiheit.

Beide Seiten waren maßlos. Die Wiedergabe eines geheimen Auswertungsberichts des Bundeskriminalamts über den Terroristen Abu Musadd al- Sarkawi einschließlich seiner früheren Telefonnummern war auch ein Stück journalistischer Prahlerei: Aufgepasst, Sensation, ich habe was Vertrauliches. Als ginge es um Authentizität wurde die Fundstelle genau angegeben und leicht war für die Behörde nachvollziehbar, dass 269 Personen Zugang zu dieser geheimen Akte hatten. Im Interesse des Quellenschutzes wäre es besser gewesen, das Material nicht in dieser Form zu präsentieren.

Maßlos war aber vor allem die Staatsmacht, die bei der Suche nach dem Leck im Apparat den Journalisten heimsuchte und 15 Kartons Akten mit Unterlagen zu irgendwelchen Fällen wegschleppte. Zwar war von vornherein klar, dass die von der Potsdamer Staatsanwaltschaft beantragte Durchsuchung nicht ihren Zweck erfüllen würde und dennoch mimte der

Staat den starken Maxe. Dass Otto Schily dieses Vorgehen verteidigte und recherchierende Journalisten mit Hehlern verglich, deutet auf Obsessionen eines 73Jährigen Mannes hin.

Wichtigtuerei allerorten. Dabei steht es um die Medien in diesen aufgeregten Tagen wirklich nicht zum besten. In Berlin ist der Angriff eines britischen Finanzinvestors auf die *Berliner Zeitung* geglückt. Manager dieser renditewütigen Spezies haben in Europa schon manches Blatt kahlgefressen. In der Provinz musste neulich eine Redakteurin um ihren Job fürchten, weil sie Kritisches über einen Discounter geschrieben hatte. Jeder Zusammenhang zwischen Redaktion und Administration, zwischen Text und Inseraten ist ein echter Anschlag auf die Pressefreiheit. Die stirbt nämlich von innen.

Die medialen Bedeutungsträger unserer Tage können eine Menge von Augstein lernen. Wenn sich Diskutanten über Themen wie die Presse als vierte Macht zu sehr erhitzten, erzählte Augstein gern die Geschichte von einem einst in einem kleinen Dorf lebenden ungarischen Schus-

ter. Der habe ein kleines Einmonatsblatt
herausgegeben und sich gebrüstet: „Was
wird der Zar sich am Montag ärgern.“

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.